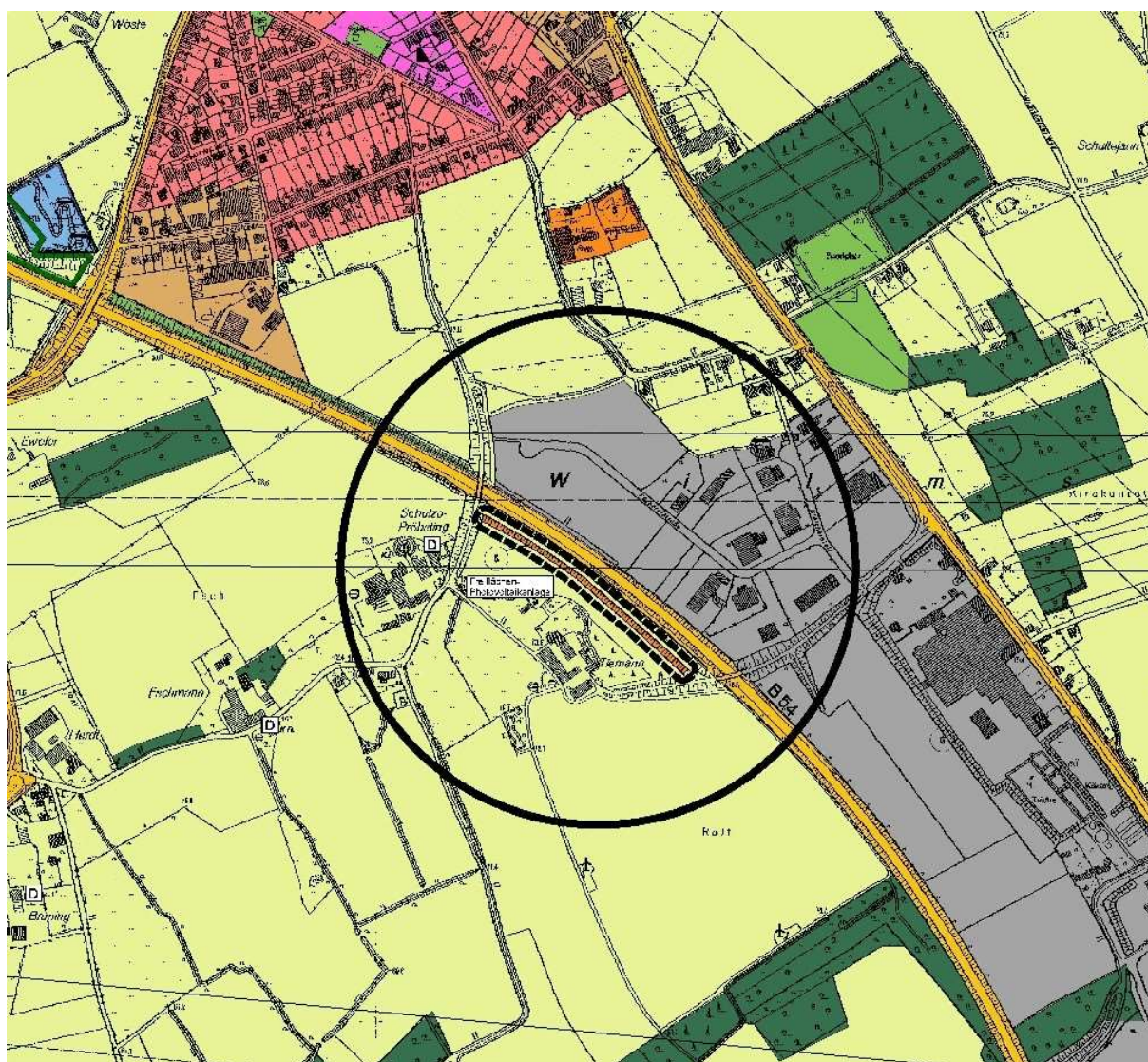


82. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“

Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

Begründung



Stand: Frühzeitige Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB



Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Inhalt

1. Grundlagen der Planung	2
1.1 Planungsanlass und Erforderlichkeit	2
1.2 Planverfahren	2
1.3 Geltungsbereich	3
1.4 Bestandssituation	3
2. Planungsvorgaben	3
2.1 Raumordnung und Landesplanung	3
2.2 Bauleitplanung	4
2.3 Fachplanung / sonstige Planvorgaben	4
3. Inhalt der Änderung	4
4. Auswirkung der Planung	4
4.1 Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft	4
4.2 Artenschutz	5
4.3 FFH-Verträglichkeit	5
4.4 Immissionsschutz	6
4.5 Klimaschutz	6
4.6 Bodenschutz	6
4.7 Schutzgut Fläche, Standortalternativen	7
4.8 Denkmalschutz	7
Aufgestellt	8
Anlage	8

1. Grundlagen der Planung

1.1 Planungsanlass und Erforderlichkeit

In letzter Zeit ist festzustellen, dass es eine erhöhte Nachfrage nach Flächen gibt, auf denen Freiflächen-Photovoltaikanlagen errichtet werden können. Hierfür bieten sich Flächen an, auf denen bereits ein gewisser Störungsgrad vorhanden ist. Diese sind beispielsweise Flächen in einem ca. 100 m breiten Streifen entlang von Hauptverkehrswegen (*Eisenbahnstrecken, Bundesstraßen*). Auch kommen Flächen auf Erdwällen (*Aufschüttungen*) oder ehemaligen Deponien in Frage.

Im Bereich der geplanten 82. Änderung des Flächennutzungsplanes ist ein ca. 6,50 m hoher Lärmschutzwall entlang der B 54 vorhanden. Somit erfüllt die Fläche den Tatbestand einer vorbelasteten und durch die Landwirtschaft nicht mehr, bzw. nicht mehr wirtschaftlich nutzbaren Fläche. Die Kreisstadt Steinfurt ist durchaus bestrebt, entsprechende Flächen zur alternativen Energiegewinnung zu entwickeln.

Mit Datum vom 11.03.2020 hat der Eigentümer dieser Fläche einen Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaikanlage gestellt. Die Kreisstadt Steinfurt hat mit Datum vom 28.10.2020 eine Anfrage nach § 34 Landesplanungsgesetz bei der Bezirksregierung Münster gestellt, mit dem Ziel, auf den jetzt in Rede stehenden Flächen ein „Sonstiges Sondergebiet“ gem. § 11(2) Baunutzungsverordnung (*BauNVO*) zu entwickeln. Mit Schreiben vom 03.11.2020 wurde der hier geplanten Nutzung durch die Bezirksregierung Münster grundsätzlich zugestimmt.

Der wirksame Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt stellt für den Bereich der geplanten Sonderbaufläche zurzeit eine „Fläche für die Landwirtschaft“ dar. Nordöstlich daran angrenzend verläuft, durch den bereits erwähnten Lärmschutzwall getrennt, die Trasse der Bundesstraße 54. Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung einer Sonderbaufläche zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu schaffen, ist eine Änderung der derzeitigen Darstellung zu „Sonderbaufläche“ (S) erforderlich. Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat sich daher in seiner Sitzung am 27.08.2020 damit befasst, die erforderlichen Planverfahren einzuleiten und durchzuführen. Die erforderliche 82. FNP-Änderung bildet die planungsrechtliche Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“. Beide Planverfahren sollen möglichst parallel durchgeführt werden. Ziel dieses Verfahrens ist es, Flächen für regenerative Energien ausweisen zu können.

1.2 Planverfahren

Den Beschluss zur Durchführung der 82. Änderung des Flächennutzungsplans gemäß § 1 (8) BauGB hat der Rat der Kreisstadt Steinfurt in seiner Sitzung am 27.08.2020 gefasst. Gleichzeitig wurde die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß § 3 (1) und § 4 (1) BauGB beschlossen.

1.3 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 82. Flächennutzungsplanänderung umfasst Teilflächen der Grundstücke Gemarkung Borghorst, Flur 46, Flurstücke 262 – 265.

Der Änderungsbereich hat eine Größe von ca. 3.200 m².

1.4 Bestandssituation

Das Plangebiet der 82. FNP-Änderung umfasst die südwestliche Seite eines Lärmschutzwalles entlang der B 54.

Ungefähr mittig des Änderungsbereiches verläuft das in diesem Bereich verrohrte klassifizierte Gewässer (*WL 1520*) unterhalb des Lärmschutzwalles. Dieser Wasserlauf mündet weiter westlich in den Weweler Bach, der sich im Zuständigkeitsbereich des Unterhaltungsverbandes Burgsteinfurter Aa befindet.

Die Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt über die bestehenden Wirtschaftswege, ausgehend von der Hofstelle Wilmsberg 51.

Nordöstlich des Änderungsbereiches verläuft hinter dem Lärmschutzwall die B 54. Ansonsten ist der Bereich vollständig von landwirtschaftlichen Nutzflächen umgeben.

2. Planungsvorgaben

2.1 Raumordnung und Landesplanung

Der seit dem 27.06.2014 wirksame Regionalplan Münsterland stellt für das Plangebiet der 82. FNP-Änderung einen „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (*AFAB*) und „Windenergiebereich“ dar. Nordöstlich an den Änderungsbereich angrenzend verläuft eine „Straße für den vorwiegend großräumigen Verkehr“ (*B 54*) und daran angrenzend ist ein „Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung“ (*GIB*) dargestellt.

Im Vorfeld dieser FNP-Änderung wurde die Abstimmung nach § 34 Landesplanungsgesetz (*LPIG*) mit der Bezirksregierung in Münster durchgeführt. Mit Schreiben vom 28.10.2020 wurde eine entsprechende Anfrage formuliert, in der abgefragt wurde, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Übereinstimmung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung erreicht werden kann.

In der landesplanerischen Stellungnahme der Bezirksregierung Münster vom 03.11.2020 wird der Ausweisung der „Fläche für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage“ grundsätzlich zugestimmt, da das Plangebiet an einer Bundesstraße mit überregionaler Bedeutung und somit innerhalb einer vorbelasteten Fläche liegt.

2.2 Bauleitplanung

Für den Bereich der 82. FNP-Änderung liegt bisher kein rechtsverbindlicher Bebauungsplan vor.

Mit der jetzt vorliegenden 82. Änderung des Flächennutzungsplanes sollen die planungsrechtlich erforderlichen Voraussetzungen für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ geschaffen werden, um der beschriebenen Nachfrage nach der Ausweisung von Flächen für regenerative Energien nachzukommen. Hierfür ist die Änderung der genannten Flächen parallel zur Bundesstraße 54 in eine „Sonderbaufläche / Zweckbestimmung: Photovoltaikanlage“ gem. § 11 (2) Baunutzungsverordnung (*BauNVO*) erforderlich.

Der noch aufzustellende Bebauungsplan Nr. 78 sieht künftig eine Erschließung über die vorhandene Hofzufahrt Wilmsberg 51 vor.

Um dem Entwicklungsgebot gem. § 8 (2) BauGB gerecht zu werden, wird der Bebauungsplan Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ gem. § 2 (1) BauGB im Parallelverfahren aufgestellt.

2.3 Fachplanung / sonstige Planvorgaben

Ein Landschaftsplan besteht für den Änderungsbereich und angrenzende Bereiche nicht. Geschützte Landschaftsbestandteile sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Weitere Fachplanungen sind von der 82. FNP-Änderung nicht berührt.

3. Inhalt der Änderung

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt ist der zu ändernde Bereich zurzeit als „Fläche für die Landwirtschaft“ und „Eignungsfläche für erneuerbare Energien / Windenergieanlagen“ dargestellt.

Inhalt der 82. FNP-Änderung ist die Änderung dieser Flächendarstellungen in eine „Sonderbaufläche“ (S) gemäß § 1 (1) Nr. 4 BauNVO. Weitere Änderungen sind nicht vorgesehen.

4. Auswirkung der Planung

4.1 Umweltverträglichkeit / Schutz von Natur und Landschaft

Die voraussichtlichen Umweltauswirkungen werden in einem Umweltbericht zusammengefasst. Im Umweltbericht werden die Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, Tiere und

Pflanzen, Boden, Fläche, Wasser, Klima und Luft sowie Orts- und Landschaftsbild gem. § 1 (7) a BauGB beschrieben und bewertet.

Der Umweltbericht zur 82. FNP-Änderung ist als Anlage (*Teil B der Begründung*) beigelegt.

4.2 Artenschutz

Bei der Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen und der damit verbundenen möglichen Vorbereitung von Eingriffen in Natur und Landschaft sind die artenschutzrechtlichen Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes (*BNatSchG*) anzuwenden. Dazu sind in § 44 BNatSchG sogenannte Zugriffsverbote definiert, wonach eine Tötung oder Beschädigung von geschützten Individuen, eine erhebliche Störung der lokalen Population, eine Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten und eine Beschädigung bzw. Zerstörung von geschützten Pflanzen verboten ist. Um diese Verbotstatbestände zu vermeiden, wird auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 78 „Freiflächen-Photovoltaikanlage Wilmsberg / B 54“ eine Artenschutzvorprüfung durchgeführt.

Für die Erstellung des Umweltberichtes zu dieser 82. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde eine erste Begehung des Planbereiches vorgenommen. Demnach handelt es sich bei der Fläche um einen Lärmschutzwall (*Erdwall*) entlang der B 54, der auf der straßenabgewandten Seite mit einzelnen Gehölzen bewachsen ist und sich ansonsten als Grünland / Brachfläche darstellt.

Artenschutzrechtliche Konflikte werden aktuell nicht prognostiziert. Demzufolge werden auch keine Verbotstatbestände gemäß § 44 (1) S. 1 - 3 BNatSchG ausgelöst.

4.3 FFH-Verträglichkeit

Das Land NRW hat den Bereich „Bagno mit Steinfurter Aa“ (*DE-3810-302*) als Schutzgebiet nach der EU-Vogelschutz- und FFH-Richtlinie (*Richtlinie 92/43 EWG des Rates vom 21.05.1992*) gemeldet. Dieser Bereich umfasst große Teile der Waldbereiche des Bagnos, Vorsundern, Westerbrook und des Buchenberges sowie Teile der Steinfurter Aa und den Bagno See. Das Gebiet hat eine Größe von 467 ha. Zudem wurde das FFH-Gebiet „Steinfurter Aa“ (*DE-3910-301*) nachgemeldet (*31 ha*).

Weitere Bereiche auf Steinfurter Stadtgebiet wurden nicht als FFH- oder Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Der Abstand zwischen dem Plangebiet der 82. FNP-Änderung und dem FFH-Gebiet „Bagno mit Steinfurter Aa“ beträgt ca. 3.900 m (*Luftlinie*). Angesichts dieses Abstands, der beabsichtigten Planungen und der Schutzziele und -zwecke des FFH-Gebietes wird nicht von einer Beeinträchtigung des Schutzgebietes durch die 82. FNP-Änderung ausgegangen.

4.4 Immissionsschutz

Verkehrslärm

Für die geplante Sonderbaufläche sind keine schalltechnischen Untersuchungen erforderlich, da der Bereich künftig ausschließlich zur Energiegewinnung genutzt wird.

Gewerbelärm, Störfallbetriebe

Ggfs. störende Betriebe im Umfeld des Änderungsbereiches sind nicht zu beachten, da der Bereich künftig ausschließlich zur Energiegewinnung genutzt wird.

Ebenso sind auch keine Störfallbetriebe zu beachten.

Geruchsimmissionen

Aus vorgenannten Gründen sind auch keine Geruchsbetrachtungen erforderlich.

4.5 Klimaschutz

Mit den Novellen des Baugesetzbuches der letzten Jahre ist auch der Aspekt des Klimaschutzes in die Gesetzgebung aufgenommen worden. Demnach sollen die Bauleitpläne dazu beitragen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung in der Stadtentwicklung zu fördern (*vgl. § 1 (5), Nr. 2 BauGB*).

Mit der 82. Änderung des Flächennutzungsplanes bzw. der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 78 wird das Klimaschutzziel „Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien (*hier: Sonnenenergie*)“ verfolgt und gestützt.

Ein Aspekt des Klimaschutzes ist die Reduzierung des Energieverbrauchs, insbesondere bei Gebäuden. (*Wohn-*) Gebäude werden im Änderungsbereich nicht entstehen.

Eine Entsorgung des Gebietes (*Abwasser*) wird nicht erforderlich.

4.6 Bodenschutz

Im Kataster über altlastverdächtige Flächen und Altlasten des Kreises Steinfurt ist für das Plangebiet der 82. FNP-Änderung keine Altlasten- bzw. Altlastenverdachtsfläche verzeichnet.

Nach der Karte der schutzwürdigen Böden NRW befindet sich im Plangebiet der 82. Änderung des Flächennutzungsplanes im nordwestlichen Bereich Plaggengesche mit schwacher Staunässe und im südöstlichen Bereich Pseudogley mit starker Staunässe. Hierbei handelt es sich jedoch um die ursprünglichen Böden, die nicht angetastet werden. Im Bereich der geplanten Photovoltaikanlage befindet sich, wie zuvor bereits erwähnt, ein aufgeschütteter Lärmschutzwall.

4.7 Schutzgut Fläche, Standortalternativen

Die 82. Änderung des Flächennutzungsplanes sieht die Entwicklung eines „Sondergebietes für Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ auf einer Seitenfläche eines vorhandenen Lärmschutzwalles vor. Diese Fläche ist jedoch im Regionalplan als sog. „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB) und „Windenergiebereich“ ausgewiesen (s. *Kapitel 2.1*). Durch die Lage innerhalb des ca. 100 m breiten vorbelasteten Streifens entlang der B 54 und durch die Lage auf dem Lärmschutzwall ist weder eine landwirtschaftliche Entwicklung noch eine bauliche Entwicklung für die Windenergie möglich. Deshalb bietet sich diese Fläche zur Nutzung der Sonnenenergie unmittelbar an.

Die Kreisstadt Steinfurt verfolgt vorrangig das Ziel, Flächen zur Nutzung regenerativer Energien auf vorbelasteten Flächen zu entwickeln. So werden keine zusätzlichen, bisher landwirtschaftlich genutzten Bereiche genutzt.

Mit der vorgesehenen Bauleitplanung wird seitens der Kreisstadt Steinfurt die Intention verfolgt, Flächen für regenerative Energien in vorbelasteten Bereichen zu entwickeln. Der Planbereich ist schon heute von gewerblich / industrieller Bebauung und der B 54 im Nordosten tangiert und stellt somit eine sinnvolle Nutzung dieses vorbelasteten Bereiches dar.

Standortalternativen zur Entwicklung entsprechender Flächen stehen aktuell kaum zur Verfügung und sie befinden sich nicht in städtischem Eigentum.

4.8 Denkmalschutz

Im Plangebiet der 82. FNP-Änderung sind derzeit keine Bau- und Bodendenkmäler vorhanden bzw. bekannt. Auch in der näheren Umgebung des Plangebietes sind keine Bau- und Bodendenkmäler bekannt.

In die Denkmalliste der Kreisstadt Steinfurt eingetragene Denkmäler im Umfeld des Änderungsbereiches sind die laufenden Nummern 168 und 178 der Liste. Bei der Nummer 168 handelt es sich um einen Bildstock auf der Hofstelle Wilmsberg 55 in einem Abstand von ca. 250 m und bei der Nummer 178 handelt es sich um ein Speichergebäude auf der Hofstelle Wilmsberg 52 in einem Abstand von ca. 50 m zum Geltungsbereich der 82. FNP-Änderung.

Dennoch wird festgestellt, dass durch die 82. FNP-Änderung eine Beeinträchtigung von Bau- und Bodendenkmälern auch in Bezug auf Blickbeziehungen und Fernwirkungen nicht zu erkennen ist.

Belange des Denkmalschutzes werden somit nicht berührt.

Aufgestellt:

Steinfurt, 14.10.2021

Az.: III / 61-20-03 / 82.Ä.-78-Bo / Wer

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Im Auftrag

gez. Werning

- Sachbearbeiter Stadtplanung, Stadtteil Borghorst -

Anlage:

- Umweltbericht, erstellt durch das Büro enveco, Münster, vom November 2020